

von den potentiell Betroffenen und nicht von der interessierten Industrie oder Regierungs- und Verwaltungsstellen getroffen werden. Zur Zeit ist das aber anders. Außerdem sind alle internationalen Gremien, die Empfehlungen für solche Entscheidungen geben, von den Interessen der Strahlenverursacher und -anwender dominiert.

Grenzwerte regulieren aber nicht nur die zu erwartenden Gesundheitsschäden bzw. deren Minimierung. Sie haben Einfluß auf die wirtschaftliche Produktion und den Warenverkehr, und stellen eine mögliche Grundlage für Entschädigungsforderungen dar. Zudem muß ihre Einhaltung kontrolliert werden, nicht nur um Gesundheitsschäden im vorhersagbaren Maß und mög-

lichst gering zu halten, sondern auch, um das Verbrauchervertrauen – unverzichtbar in Gesellschaften, wo man oft nicht mehr sieht und nicht mehr weiß, wie Lebensmittel erzeugt werden – wieder herzustellen. Als Konsument von Lebensmitteln muß ich mich darauf verlassen können, daß sie zumindest nicht über den Grenzwerten hinaus radioaktiv kontaminiert sind – egal wo und wie ich sie zu mir nehme, ob im Supermarkt, in der Schulkantine, als Bestandteil von Fertignahrung oder im Restaurant in Ryozen-machi. (Daß wir die geltenden Grenzwerte immer noch für zu hoch halten, sei hier allerdings angemerkt).

Es gibt bäuerliche Betriebe und Produktionsgenossenschaften, Schulkantinen, Kindergär-

ten und Restaurants in den verstrahlten Gebieten, die von sich aus niedrigere Grenzwerte für ihre Erzeugnisse bzw. Mahlzeiten festgesetzt haben und einhalten. Das scheint keine unüberwindlichen Probleme zu machen, und solche Projekte verdienen Unterstützung.

Ursache für entstandene, entstehende und künftig zu erwartende Schäden ist die radioaktive Kontamination.

Annette Hack

1. <http://dr-urashima.jp/fukushima/index2.html>
2. Josei Jishin Nr. 3, 2015, S. 39-41. Der Artikel der freien Autorin Wada Shigeko ist wesentlich durchdachter als die Veranstaltung, über die sie berichtet.
3. MRIC Vol 039, 2. 3. 2015,

<http://jbpres.ismedia.jp/articles/-/42929?page=8>

4. Hier irren die Experten. In Japan gilt bisher noch ein Grenzwert für die Nahrungsmittelbelastung mit Radiocäsium in Höhe von generell 100 Bq/kg. In der Ukraine beträgt dieser Wert für Fleisch zwar 200 und für Fisch 150 sowie für Wildbeeren und Pilze 500 Bq/kg, für Gemüse und Babynahrung (40 Bq/kg), Kartoffeln (60 Bq/kg), Obst (70 Bq/kg), Getreide (50 Bq/kg), Brot und Backwaren (20 Bq/kg) liegt er jedoch deutlich niedriger. Diese Werte liegen auch deutlich niedriger als die in der Europäischen Union geltenden: 600 Bq/kg Radiocäsium allgemein und 370 Bq/kg für Milch, Milchprodukte und Babynahrung.

5. Agora, genron platform, 22. 12.2014, „Ich habe hoch belastetes Wildschwein aus der Präfektur Fukushima probiert“ von Ishii Taka’aki. <http://agora-web.jp/archives/1625398.html> ●

Atommüll

Wohin mit unserem Atommüll?

Kommunikationspraktiken der absurden Art

Nachdem Parteien, Behörden und Regierungen in der Öffentlichkeit zunehmend an Glaubwürdigkeit verlieren, wird das Heil in Moderations- und Mediationstechniken gesucht, wenn es gilt, spezielle Interessen gegen bürgerlichen Widerstand durchzusetzen. So verhält sich jetzt auch das Forschungszentrum Jülich, dessen Vorstandsvorsitzender Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Marquardt im April 2015 zu einem Nachbarnschaftsdialog einlud: „(D)as Forschungszentrum Jülich möchte den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern der Region verstärken und aus diesem Grund gerne einen regelmäßigen Gesprächskreis, einen Nachbarnschaftsdialog, aufbauen.“ Um die Gespräche nun nicht gar zu direkt führen zu müssen, beauftragte das Forschungszentrum Jülich damit die Kommunikationsagentur IFOK GmbH, Teil der „Meister Group“. Grün-

der und Inhaber der IFOK GmbH sowie der zwei Tochtergesellschaften Meister Consultants Group (Boston, U.S.A.) und Meister Europe GmbH ist Dr. Hans-Peter Meister. Bis zur Gründung von IFOK 1995 leitete er die Umfeldkommunikation der BASF in Ludwigshafen. Zuvor war er Pressesprecher des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Er ist auch Fellow der Hertie School of Governance in Berlin.

Die Firma IFOK GmbH betätigte sich unter anderem im Auftrage der E.on Kraftwerke GmbH und gestaltete jüngst im Auftrage des im Jahr 2013 gestarteten Forschungsverbundes ENTRIA ein „Bürgerforum Endlagersuche“. ENTRIA ist ein Verbundprojekt von Instituten aus zwölf deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen und einem

Schweizer Partner zur Untersuchung von Entsorgungsoptionen für hochradioaktiven (wärmeentwickelnden) Atommüll, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung parallel zum Standortauswahlgesetz und zur Endlagerkommission des Deutschen Bundestages initiiert wurde und finanziert wird.

Das „Bürgerforum Endlagersuche“ bestand aus 18, wie es heißt „zufällig ausgewählten“ Bürgerinnen und Bürgern, die mit Hilfe von fünf Moderatorinnen und Moderatoren ein, wie es bei ENTRIA heißt, „sogenanntes Bürgergutachten zur Beurteilung von Lagertypen und Entsorgungsoptionen sowie zur fairen Gestaltung eines Such- und Auswahlverfahrens für einen Standort zur Lagerung hoch radioaktiver Reststoffe“ formulierten, das im Rahmen ihrer dritten und letzten Sitzung im März 2015 an Michael Müller, den Co-Vorsitzenden der Endlagerkommission übergeben wurde. Müller sagte der IFOK GmbH zufolge zu, das „Bürgergutachten“ durch Vertreter der

Gruppe während einer Auftaktveranstaltung der Endlager-Kommission im Juni 2015 in Berlin vorstellen zu lassen und lud die Gruppe nach Berlin ein. Zudem wurden Vertreterinnen und Vertreter in die Arbeitsgruppe 1 (Beteiligung der Kommission eingeladen, um ihre Thesen direkt mit den Mitgliedern der Kommission zu diskutieren.

Ingrid Strauß (Erkelenz), Andreas Prescher (Berlin), Timo Westen (Lippstadt), Sylvia Bader-Giese (Borken), Gert Wentzel (Aarbergen), Dr. Mechthild Narberhaus-Höhner (Gelsenkirchen), Oliver Bernt (Herdwangen), Ortwin Anders (Darmstadt), Claudia Sabine Liebing (Alfeld), Heidi Larisch (Andernach), Friedrich Schwaab (Karben), Thomas Lieshoff (Gehrden), Anja Tilmans (Mönchengladbach), Horst Kussicke (Berlin), Heike Allenfort (Lindenberg i. Allgäu), Kurt Pommerenke (Dortmund), Andreas Wieder (Waldbrunn), Inge Klos (verstorben am 10.3.2015), (Autoren): Bürgergutachten Bürgerforum „Wohin mit unserem Atommüll?“, Wittenberg März 2015, http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf ●